



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 93. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuss

20. Wahlperiode – 86. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. April 2025, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Jan Kürschner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Thomas Jepsen (CDU)
Dr. Hermann Junghans (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Marion Schiefer (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Bina Braun
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Niclas Dürbrook (SPD)
Dr. Bernd Buchholz (FDP)
Sybilla Nitsch (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht über ein gemeinsames Konzept für eine Task Force Geldwäschebekämpfung des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Finanzministeriums und des Ministeriums für Justiz und Gesundheit	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2709	
2. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 11:05 Uhr. Die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse wird festgestellt und die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht über ein gemeinsames Konzept für eine Task Force Geldwäschebekämpfung des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Finanzministeriums und des Ministeriums für Justiz und Gesundheit

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/2709](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2024 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Innen-, Justiz- und Finanzressort erläutern den Ausschüssen das Konzept der Task Force (Präsentation Umdruck 20/4713).

Herr Dr. Tants, Referent im Finanzministerium für Geldwäscheprävention, beginnt mit der Erläuterung des Organigramms und der Vorstellung der Präsentation (Umdruck 20/4713).

Frau Finke, Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, hebt die Bedeutung der Kooperation von Polizei, Justiz und Verwaltung bei der Bekämpfung von Geldwäsche und anderen Verbrechen hervor. Die organisierte Kriminalität nutze komplexe Netzwerke und Methoden, um ihre Aktivitäten zu tarnen und ihre Gewinne zu verschleiern. Gleiches gelte für die Finanzierung von terroristischen Taten und Organisationen. Deshalb müsse man entschlossen und gemeinsam gegen Geldwäsche, organisierte Kriminalität und Terrorismus vorgehen.

Bereits im Jahr 2023 habe man das Landeskriminalamt mit acht zusätzlichen Stellen für den Bereich der Geldwäschebekämpfung gestärkt. Außerdem habe man den Bereich der Vermögensabschöpfung mit fünf zusätzlichen Stellen verstärkt, um inkriminiertes Vermögen, das zum Beispiel im Rahmen der Geldwäscheermittlung festgestellt werde, effektiv dem illegalen Wirtschaftskreislauf zu entziehen. Drei weitere Geldwäscheermittler seien in der Staatsschutzabteilung des LKA tätig und dort mit Fällen der Terrorismusfinanzierung befasst. Durch den Stellenzuwachs habe sich das LKA neu aufstellen und die Arbeit in diesen wichtigen Themenfeldern intensivieren können.

Durch die Einrichtung einer sogenannten Clearingstelle für den Bereich der Geldwäsche gelinge es nun, die wirklich wichtigen Verfahren aus einer großen Menge an Verdachtsmeldungen herauszufiltern und zielgerichtet zu bearbeiten. Dafür sei eine gute Zusammenarbeit mit der Financial Intelligence Unit (FIU) des Bundes wichtig, und das LKA bringe sich aktiv in die Fortentwicklung des sogenannten risikobasierten Ansatzes der FIU ein.

Herr Willert, als Leiter des Dezernats 22 im LKA zuständig für die Themen Vermögensabschöpfung und Geldwäsche, weist darauf hin, dass in Schleswig-Holstein alle Verdachtsmeldungen zentral beim Landeskriminalamt eingingen; in Nordrhein-Westfalen liefen die Verdachtsmeldungen immer noch bei den Staatsanwaltschaften auf.

Abgeordneter Kürschner, Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses, lobt das Konzept zur Geldwäschebekämpfung und dankt allen Beteiligten für die Zusammenarbeit.

Abgeordneter Dr. Buchholz fragt die Landesregierung, wie sie eine Priorisierung und Fokussierung auf komplexe Fälle der Finanzkriminalität und die Verfolgung der organisierten Kriminalität und Schwerstkriminalität sicherstelle.

Von 11:30 bis 11:50 Uhr befassen sich die Ausschüsse in vertraulicher Sitzung mit Fallbeispielen (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

Justizministerin Dr. von der Decken trägt vor, Geldwäsche sei für Kriminelle essenziell. Aufgabe des Staates sei es, Geldwäsche vorzubeugen und zu verfolgen und die entsprechenden Vermögenswerte abzuschöpfen. Der Beitrag der Justiz in der Task Force sei im Wesentlichen die Koordinierungs- und Ermittlungseinheit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (KEOK), die ihre Arbeit im Dezember 2023 aufgenommen habe.

Die KEOK sei ein Erfolgsmodell. Im letzten Jahr hätten durch die Generalstaatsanwaltschaft und die Arbeit der sich im Aufbau befindenden KEOK im Bereich der organisierten Kriminalität gut 580.000 Euro vorläufig gesichert und für Beträge in einem Gesamtvolumen von 117.000 Euro die Einziehung rechtskräftig angeordnet werden können.

Im Jahr 2024 sei ein Betrag von knapp 31 Millionen Euro über die Vermögensabschöpfung eingezogen worden, 5 Millionen Euro zugunsten des Justizfiskus und 26 Millionen Euro zugunsten von Tatverletzten.

Oberstaatsanwalt Dr. Marlie, Leiter der Koordinierungs- und Ermittlungseinheit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (KEOK), die bei der Generalstaatsanwaltschaft angesiedelt sei, erläutert die Arbeit und den Beitrag der KEOK zur gemeinsamen, strategischen, effizienten Bekämpfung von Geldwäsche und organisierter Kriminalität und zur Konzentration auf wert- haltige Fälle. Man habe ein Verbindungsbüro beim Landeskriminalamt eingerichtet, um den frühzeitigen Austausch mit dem Referat für Geldwäsche zu stärken.

Abgeordnete Raudies fragt, wie oft die Task Force zusammenkomme und welche Rolle die Steuerfahndung spiele.

Abgeordneter Plambeck begrüßt das Konzept der Task Force und betont die Bedeutung der Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen.

Herr Vogel, Leiter des Referats Betriebsprüfung, Steuerstrafrecht, Steuerfahndung, Lohnsteu- erstellen, Geldwäschebekämpfung im Finanzministerium, teilt mit, die Dienstbesprechung der obersten Ebene der Task Force finde mindestens einmal jährlich statt, aktuell tage die Task Force deutlich häufiger. Entscheidend sei, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Dienststellen auf Arbeitsebene zu intensivieren und das Thema Geldwäschebekämpfung auf Bundesebene voranzubringen. Der Verbindungsbeamte Geldwäsche aus der Steuerfahndung habe seinen Arbeitsplatz beim LKA.

Abgeordnete Schiefer interessiert, wo Schleswig-Holstein bei der Bekämpfung von Geldwä- sche und Finanzierung von Extremismus/Terrorismus im Bundesländervergleich stehe.

Herr Willert antwortet, mit der Verzahnung der verschiedenen Ressourcen, der zentralen Ein- gangsstelle und dem Aufbau staatsschutzrelevanter Geldwäsche-Fachspezifika im LKA sei Schleswig-Holstein besser aufgestellt als andere Bundesländer.

Herr Vogel bekräftigt das Ziel, die Qualität der Verdachtsmeldungen zu verbessern, mithilfe der Task Force die Kommunikation zu intensivieren und von anderen Ländern zu lernen (zum Beispiel Etablierung von Geldwäschebeauftragten in Finanzämtern).

Im Folgenden erläutert er die Arbeit der Task Force (Präsentation Umdruck 20/4713).

Abgeordneter Dürbrook fragt, ob bei der Geldwäschebekämpfung in Schleswig-Holstein die international geforderten Standards erfüllt würden und anhand welcher Indikatoren man den Erfolg der Task Force messen könne.

Herr Vogel verfolgt den Anspruch, bei der nächsten FATF-Prüfung zur Geldwäschebekämpfung ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Zum Thema Erfolgsmessung nennt Herr Dr. Marlie die Verurteilungszahlen und Vermögensabschöpfungen als wesentliche Indikatoren. Allerdings seien gerade werthaltige Fälle oftmals sehr schwer und zeitaufwendig zu ermitteln.

Abgeordnete Raudies hält eine Statistik über die Zahl der eingegangenen Fälle und ihre Ergebnisse für selbstverständlich. Neben den Themen organisierte Kriminalität und Geldwäsche müsse das Thema Steuergerechtigkeit/Steuerhinterziehung ganz oben auf der Agenda stehen.

Auch Abgeordneter Kürschner hebt die Intention hervor, die gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit zu verbessern. Er weist darauf hin, dass die eingezogenen Gelder eins zu eins dem Landeshaushalt zugutekämen. Er wünscht sich, in § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche) eine Art Beweislastumkehr nach italienischem Vorbild einzuführen.

Auch die Abgeordnete Schiefer interessieren die Erfahrungen und Herausforderungen der Task Force, um auf dieser Grundlage die Änderung von Bundesgesetzen anzuregen (zum Beispiel Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung, Terrorismusfinanzierung), und konkrete Ergebnisse der Task Force zu gegebener Zeit.

Die Ausschüsse nehmen den Bericht [Drucksache 20/2709](#) abschließend zur Kenntnis.

2. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Finanzausschussvorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die gemeinsame Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer